



Justizwappen Bund und Länder



OV Göttingen ehrt für 60-jährige Mitgliedschaft

Seite 17



OV Hannover lädt zur Ehrung ein

Seite 21



OV Uelzen und der Henker von Lüneburg

Seite 24

IMPRESSUM

Herausgeber
VNSB
Berliner Ring 14 · 27432 Hipstedt
Homepage: www.VNSB.de

Layout & Druck:
MegaDruck GmbH & Co. KG
Am Haferkamp 4 · 26655 Westerstede
www.megadruck.de

Der Preis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen, sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des VNSB wieder. Der VNSB übernimmt für Anzeigen keine inhaltliche Verantwortung.

Redaktionsschluss für die Ausgabe 2/2024: Juni 2024

Landesvorstand

BSBD – Bund-/Ländertreffen in Dessau.....	4
VNSB-Landtagseingabe 2024.....	8
VNSB gratuliert seinen Jubilaren.....	9
Tarifabschluss erzielt.....	11
Vor 75 Jahren – letzte Hinrichtung in der BRD.....	12

Ortsverbände

Göttingen.....	17
Hamelns.....	18
Hannover.....	21
Oldenburg.....	22
Uelzen.....	24

Sonstiges

Impressum.....	2
Ansprechpartner der Signal Iduna.....	10
Termine.....	23
Fachgruppenvertreter.....	28
Beitrittserklärung.....	29
Änderungsmitteilung.....	30
Landesvorstand/Ortsverbandsvorsitzende.....	31

Aus Datenschutzgründen diese Zeitschrift bitte nicht an Inhaftierte weitergeben!



Oliver Mageney
Landesvorsitzender
VNSB

Mitstreiterinnen und Mitstreiter, sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

dem niedersächsischen Justizvollzug fehlt das Personal. Belastbare Zahlen gibt es zurzeit nicht.

Die letzte Personalbedarfsermittlung für den Justizvollzug wurde im Jahr 2003 erhoben. Hierbei fanden weder die unterschiedlichen örtlichen Begebenheiten der einzelnen JVA'en noch die verschiedenartige Klientel der Inhaftierten Berücksichtigung.

Besonders erschwert wird das Ganze durch die (für Außenstehende) unterschiedlich benannten Bezugsgrößen wie „Stellen“ oder „Beschäftigungsvolumen“.

Herr Ministerpräsident Weil hat bei einem gemeinsamen Gespräch die Thematik treffend auf den Punkt gebracht: „...man müsse doch letztendlich über Köpfe reden!“

Zur Erstellung eines belastbaren Personalbemessungssystems haben wir bereits, gemeinsam mit der Vereinigung der Leiterinnen und Leiter der JVA'en des Landes Niedersachsen, Vorarbeit geleistet.

Ziel der Personalbedarfsanalyse muss es sein, den spezifischen Personalbedarf in den einzelnen Anstalten zu ermitteln, der erforderlich ist, um alle gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen bestmöglich zu bewältigen.

Die Landesregierung hat nun zeitnah reagiert und eine **extern begleitete Personalbedarfsanalyse** für den Justizvollzug in Niedersachsen ab Sommer 2024 in Auftrag gegeben.

Auf deren Grundlage soll eine adäquate Personalausstattung und damit auch eine erfolgreiche Arbeit im Vollzug sichergestellt werden.

Meine **Bitte** richtet sich nun an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Justizvollzugseinrichtungen:

„Nehmen Sie die Aufgabe an! Ja, es wird für alle auch ein Teil mehr Arbeit sein. Das Dokumentieren der Arbeitsabläufe, der wahrgenommen Mehrarbeiten bzw. von Aufgaben, die eigentlich nicht in den eigenen Aufgabenbereich fallen.“

Aber am Ende wird es sich lohnen! Mit den so berechneten Zahlen können wir dann den jetzt schon zweifellos bestehenden Personalmangel belegen und einfordern.

Oliver Mageney
Landesvorsitzender VNSB

BSBD – Bund-/Ländertreffen vom 7.-10.11.2023 in Dessau



Vom 7. bis 10. November 2023 fand das Bund-/Ländertreffen der BSBD-Verbände aller Bundesländer statt. Vertreter/-innen der Landesvorstände aus 15 Bundesländern reisten hierfür nach Dessau, denn das Themenland in diesem Jahr war Sachsen-Anhalt. Lediglich die Kollegen/-innen aus Thüringen waren aus nachvollziehbaren Gründen verhindert.

Nach einem gemeinsamen Abendessen als Auftakt begann die Tagung im Konferenzraum des Dormero Hotels Dessau-Roßlau mit einer Vorstellungsrunde aller Kollegen/-innen. Die Anwesenden stellten sich persönlich vor, gaben aber auch insbesondere ihre jeweilige Meinung zu den bislang schleppend vorschreitenden Tarifverhandlungen ab. Hier herrschte im Allgemeinen eine ernüchterte, ja pessimistische Stimmung, da die Arbeitgeber in den bis dato zwei Verhandlungsrunden keinerlei Verständnis, geschweige denn eine adäquate Verhandlungsbereitschaft signalisiert hatten.

Am Mittwoch, den 8. November, trafen sich alle um 9:00 Uhr zu dem Bericht des Kollegen Sönke Patzer, stellvertretender Bundesvorsitzender des BSBD, welcher persönlich an allen Verhandlungsrunden teilnimmt und somit aus erster Reihe über die bisherigen Geschehnisse

berichten konnte. Sönke erklärte, dass sich die 42 Fachgewerkschaften des dbb im Vorfeld der Verhandlungen auf die Forderung von 10,5 % geeinigt hatten und in den Regionalkonferenzen einstimmig das Ergebnis des Bundes angestrebt wurde.

Dies führte bei den Teilnehmern/-innen bereits zu einer ersten hitzigen Diskussion, weil die allgemein vorherrschende Meinung die 10,5 % Erhöhung als wesentlich zu gering erachtet. Im Vorfeld wurden von den Justiz-Gewerkschaften höhere Forderungen benannt, welche scheinbar von den Vertretern/-innen der Beamtenverbände der Länder so nicht weiter kommuniziert worden sind. Der Unmut darüber wurde deutlich zum Ausdruck gebracht.

Sönke betonte im weiteren Verlauf, dass der dbb nicht alle einzelnen Forderungen der 42 Fachgewerkschaften im Detail erfüllen kann. Zudem müsse man sich im Klaren darüber sein, dass der Hauptverhandlungsführer ver.di sei und erst danach der dbb stünde.

Ein kleiner Teilerfolg der bisherigen Verhandlungen, welcher jedoch noch nicht in schriftlicher Form vorliege, sei, dass für die Gesundheits-

fachberufe sowie Pflegeberufe im Justizvollzug eine finanzielle Zulage erfolgen soll.

Nach einer kurzen Pause durften die Teilnehmer/-innen Herrn Steffen Eckold (CDU), den Staatssekretär des Ministeriums für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt begrüßen. Seine durchgehend authentische Rede begann Eckold mit den Worten „Ich hab mich gewundert, dass nur 10,5 % gefordert werden.“ Damit traf er die Meinung der Teilnehmer/-innen auf den Punkt und sorgte mit dieser Aussage für Lacher, Zustimmung und Aufmerksamkeit. Er fuhr fort, dass ihn diese Forderung als Arbeitgeber zwar erfreue, dass er jedoch für seine Arbeitnehmer gern mehr hätte, denn er sei froh darüber, dass es den Justizvollzug gäbe. „Sicherheit ist wichtig! Justizvollzug ist wichtig!“ betonte er. Obwohl er sich dessen bewusst sei, dass wir eine 100%ige Sicherheit nicht gewährleisten können, sei er der Meinung, dass die Sicherheit im Justizvollzug – mit kleineren Ausnahmen – gewährleistet sei.

Personell, so Eckold, sei man in der Justiz in Sachsen-Anhalt eigentlich sehr gut aufgestellt, obwohl sich auch hier der Fachkräftemangel bemerkbar mache. Auch an der Motivation innerhalb müsse gearbeitet werden. In Sachsen-Anhalt bediene man sich an einer neuen Personalgewinnungskampagne. So trete man schon frühzeitig an potentiell künftiges Personal heran, indem man bereits in die Schulen geht. Dort wird den jungen Menschen sowie deren Eltern die Vielfalt der Arbeit im Justizvollzug vermittelt. Diese Erkenntnis mache den späteren Einstieg für die Menschen attraktiver. Zudem werde die Personalberechnung durch das MJ gesteuert und für jede Anstalt individuell berechnet, um die jeweiligen Begebenheiten und Aufgaben der JVA'en berücksichtigen zu können. Durch ein so genanntes „Feinkonzept“, welches neben dem

Vollzug auch z.B. die Gerichte beinhaltet, jährlich überarbeitet und auch dem Finanzminister vorgelegt wird, stelle Sachsen-Anhalt bereits seit einiger Zeit im Bereich der Justiz über den Bedarf ein. Dieser Personalüberhang sei nicht schlimm, meint Eckold, da man so für die Zukunft Vorsorge treffen kann. Seiner Ansicht nach falle der Justizvollzug hier also nicht „hinten runter“.

Eckold schnitt auch noch Themen wie den Mindestlohn für die Gefangenen, den immer schwieriger werdenden Resozialisierungsansatz aufgrund des sich verändernden Gefangenenklientel sowie die Zusammenarbeit mit den privaten Partnern in teilprivatisierten Anstalten an. Die Verhandlungen mit dem MF über Zulagen für den Justizvollzug, sagte er, seien immer sehr schwer. Doch er habe sich bislang und werde sich auch weiterhin dafür einsetzen, denn „Es geht um die Menschen, die im Justizvollzug arbeiten.“



Demo in Berlin

Ab dem Nachmittag des 8. November sowie am darauffolgenden Tag berichteten die Landesvorstände über die allgemeine Situation, die Herausforderungen sowie die in der letzten Zeit erreichten Erfolge und gesteckten Ziele in ihren jeweiligen Bundesländern. Einheitlich konnte festgestellt werden, dass es zunehmend schwerer wird, geeignetes Personal zu akquirieren sowie vorhandenes Personal zu halten.

Der Status eines Beamten auf Lebenszeit hat schon lange seine Bedeutung verloren, besonders in der jüngeren Generation. Es kommt immer häufiger vor, dass der Beamtenstatus zugunsten einer attraktiveren Stelle in der freien Wirtschaft aufgegeben wird. Hierbei spielen sowohl die angenehmeren Arbeitszeiten als auch die Bezahlung die ausschlaggebenden Rollen. In allen Bundesländern kämpfen man um die fehlende Wertschätzung, in menschlicher wie auch in monetärer Hinsicht. Ebenso berichten alle einstimmig über die zunehmende Gewaltbereitschaft der Gefangenen gegenüber Bediensteten. In einigen Bundesländern gab es in der jüngsten Zeit derart heftige Übergriffe, dass die betroffenen Kollegen/-innen äußerst schwere psychische und körperliche Schäden, bis hin zur Dienstunfähigkeit, erlitten haben.

Gravierende Unterschiede gibt es zwischen den Bundesländern, was die Gitterzulagen sowie die Bezahlung der Dienste zu ungünstigen Zeiten angeht. In Bayern beispielsweise werden die Sonntage bereits mit € 5,- besoldet, eine weitere Anhebung ist angestrebt. Bayern nimmt also im Bundesgebiet eine Vorreiterrolle ein. Hamburg bildet mit einer Gitterzulage von € 101,- das Schlusslicht im Bundesgebiet, im Saarland beträgt sie aktuell € 111,-, in Mecklenburg-Vorpommern € 131,-, in Niedersachsen wiederum € 180,-. Der Unmut hierüber ist absolut verständlich, da doch alle Kollegen/-innen der gleichen Tätigkeit nachgehen.

In Baden-Württemberg wurde vor kurzem die Freie Heilfürsorge eingeführt. Besonders die jungen Kollegen/-innen haben damit gute Erfahrungen gemacht. Älteren Kollegen/-innen wird angeraten sich die Rentabilität von ihrer Versicherung berechnen zu lassen. Ein wesentlicher Vorteil der Freien Heilfürsorge sei es, dass alles direkt abgerechnet wird, es bedarf also keines Schriftverkehrs mehr wie bei der Kombination aus Beihilfe und privater Krankenversicherung. Jedoch müsse man für die Pension vorsorgen, um einerseits überhaupt von der Krankenkasse übernommen zu werden und andererseits in der Pension nicht zu hohe KV-Beiträge zu haben.

Bremen berichtet über den Trend, dass in letzter Zeit immer wieder Politiker in der JVA hospitieren würden. Es wäre wünschenswert, wenn dadurch die Einstellung der Politik gegenüber dem Justizvollzug positiv beeinflusst würde.

Hamburg hat derzeit die erschreckende Zahl von 25 laufenden Disziplinarverfahren gegen Kollegen/-innen zu vermelden. Leider sei eine Vielzahl davon auch berechtigt.



Ministerin Dr. Wahlmann, Landesvorsitzender Magoney

Nordrhein-Westfalen berichtet darüber, dass demnächst 300 Gefangene aus dem Maßregelvollzug in die JVA'en verlegt werden sollen. Für diese Art von Gefangenen wird speziell geschultes Personal benötigt, welches nicht verfügbar ist. Hier stehe man also vor einer großen Herausforderung.

In Rheinland-Pfalz wurde die Ausbildung der Anwärter/-innen auf 18 Monate gekürzt. Der erste Lehrgang hat im Sommer die Ausbildung beendet. Doch die Kollegen/-innen berichten, dass sich das Fehlen der 6 Monate bereits jetzt an der Qualität bemerkbar mache.

Der saarländische Landesvorstand berichtet über einen Besuch in Litauen. In den dortigen Anstalten tragen bereits alle Kollegen/-innen Body-Cams und Teaser. Hierbei dienen die Body-Cams nicht, wie die Teilnehmer/-innen befürchteten, zur Kontrolle der Bediensteten, sondern tatsächlich dazu, die Abläufe von Vorkommnissen adäquat aufarbeiten zu können. Auch seien in

Litauen alle Zellen hinter der Haftraumtür mit einer Gittertür ausgestattet. Dies gewährleistet zusätzlichen Schutz für das Personal.

Der Kollege aus Sachsen teilte zum Entsetzen und Unverständnis aller Anwesenden mit, dass angehende Anwärtler ihre Tattoos fotografieren und diese Bilder zur Vorstellung beim vollzugsärztlichen Dienst mitbringen müssen. Doch vereinzelt gäbe es hiergegen bereits Klagen.



VNSB-Warnweste

Abschließend informiert René Müller, Bundesvorsitzender des BSBD, über verschiedene aktuelle Themen.

Ein wichtiger Punkt in seinem Bericht sind die so genannten „Gefährder“. Derzeit sei noch nicht absehbar, was da genau auf den Justizvollzug zukommt. Sicher

ist jedoch, dass weder räumlich noch personell die Kapazitäten vorhanden sind, um diese Aufgabe bewerkstelligen zu können. Bei der rechtspolitischen Sprecherin liegt das Thema jedoch bereits vor. In diesem Zusammenhang ist es noch wichtig zu wissen, dass mittlerweile selbst Sprüche, die den Anschein erwecken einen terroristischen Hintergrund zu haben, meldepflichtig sind.

Weiter weist René darauf hin, dass im Umgang mit der AFD extreme Vorsicht geboten sei. In fast allen Bundesländern bemächtigt sich die AFD durch scheinbar gute Recherchen der brisanten und relevanten Themen der Justiz, was bei vielen Kollegen Anklang findet.

Er ruft weiter dazu auf, den Ministern der Länder „unterzujubeln“, dass der BSBD mit dem BMJ über die aktuellen Themen sprechen möchte, jedoch bislang keine Reaktion seitens des BMJ erfolgt sei bzw. keine Gespräche zustande gekommen sind.

Mit der Bekanntgabe, dass das nächste Ländertreffen vom 27.10. bis 30.10.2024 in Nordrhein-Westfalen stattfindet, war der offizielle Teil des Bund-/Ländertreffens beendet.

Am Freitag, den 10.11.2024 ging es jedoch bereits um 6 Uhr morgens für alle Teilnehmer/-innen mit dem Bus in die Landeshauptstadt Berlin. Dort fand die Justizministerkonferenz statt. Dies war ein guter Anlass für eine Protestaktion, selbstverständlich im Hinblick auf die schlep-penden Tarifverhandlungen. Zusammen mit Vertreter/-innen von BSBD, dbb und DJG wurde beim Eintreffen der Justizminister/-innen der Bundesländer für faire Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen protestiert. „Es geht um Respekt, der auch im Geldbeutel ankommt“, äußerte sich Volker Geyer, dbb Tarifchef und erntete dafür die laustarke Zustimmung der Protestteilnehmer/-innen. Fast alle Justizminister/-innen kamen bei ihrer Anreise auf die Vertreter/-innen der Gewerkschaften ihrer Länder zu und nahmen sich Zeit für persönliche Gespräche. Somit konnten die Gewerkschaftsvorstände erneut ihre Forderungen und Belange anbringen.

Durch die Anreise der Teilnehmenden des BSBD Bund-/Ländertreffens waren fast alle Bundesländer versammelt und setzten so ein klares Statement: Die Justiz in ganz Deutschland hält zusammen und steht solidarisch für die Forderungen ein!

Abschließend bleibt zu sagen, dass das dies-jährige BSBD Bund-/Ländertreffen eine durch-aus gelungene Veranstaltung war und der Austausch untereinander auch für die Zukunft ein wichtiger Baustein sein wird, um gemeinsam stetig weiter für eine bessere Zukunft aller Justizvollzugsbediensteten in Deutschland einzustehen!

Landtagseingabe 2024

Sehr geehrte Landtagspräsidentin Frau Hanna Naber,
sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete,

um den in den vergangenen Jahren steigenden Belastungen der Kolleginnen und Kollegen, die im Schichtdienst der Justizvollzugsanstalten tätig sind, gerecht zu werden und damit die Attraktivität im Justizvollzugsdienst wieder herzustellen bzw. erheblich zu steigern, stellt der VNSB als Mindestforderung zum § 5 (Höhe und Berechnung der Zulagen) der Niedersächsischen Erschwerniszulagenverordnung (NEZulVO) die Erhöhung der Zulagen für Bedienstete des niedersächsischen Justizvollzuges wie folgt:

- an Sonntagen und gesetzlichen Wochenfeiertagen
12,00 € / Stunde (bisher 1,80 Euro je Stunde)
- an Samstagen nach 13:00 Uhr
7,00 € / Stunde (bisher 0,80 Euro je Stunde)
- an den Sonn- und Feiertagen in der Zeit zwischen 20:00 Uhr und 06:00 Uhr
15,00 € / Stunde (bisher 3,20 Euro je Stunde)
- an den übrigen Tagen in der Zeit zwischen 20:00 Uhr und 06:00 Uhr
10,00 € / Stunde (bisher 1,80 Euro je Stunde)

Gerne sind wir bereit mit Ihnen ins Gespräch zu kommen und freuen uns auf einen ergiebigen Austausch in der Sache.



Oliver Mageney

VNSB-Landesvorsitzender
Hipstedt, 23. Januar 2024



VNSB gratuliert seinen Jubilaren

25 Jahre

Achilles, Heiko	Hameln
Bastick, Andreas	Burgdorf
Bilmez, Erhan	Celle
Börgerding, Gregor	Vechta
Buddensiek, Marc	Hameln
Dersintzke, Meik	Wolfenbüttel
Drescher, Andreas	Sehnde
Ehlers, Daniela	Hameln
Feldhaus, Linda	Emsland
Fischer, Peter	Emsland
Fischwasser-v.Proeck, Gabriele	Hameln
Gersema, Thomas	Emsland
Henke, Hans	Hameln
Heusing, Karlheinz	Hameln
Höse, Oliver	Vechta
Kinast, Kathrin	Hameln
Kirstein, Norbert	Hameln
Kleber, Miriam	Wolfenbüttel
Kmetsch, Andreas	Vechta
Knäbel, Holger	Hameln
Koch, Wolfgang	Wolfenbüttel
Kolbeck, Michael	Bremervörde
Köster, Thomas	Hameln
Kratzat, Jens-Michael	Hannover
Krumm, Thomas	Hameln
Kues, Michael	Emsland
Kuite, Martina	Emsland
Lange, Gerhard	Göttingen
Licht, Heiko	Burgdorf
Lühr, Claudia	Hameln
Marek, Harald	Emsland
Notbusch, Detlef	Emsland
Nowara, Edith	Oldenburg
Peltzer, Horst	Wolfenbüttel
Pundsack, Josef	Vechta
Quiring, Andreas	Hameln

Reupke, Steffen	Hannover
Rohr, Kai	Sehnde
Scheck, Andrea	Wolfenbüttel
Schnell, Charles-Hardin	Ostfriesland
Sick, Jens	Ostfriesland
Solinski, Hartmut	Hannover
Sott, Raimund	Sehnde
Stumpp, Gabriele	Hameln
Südkamp, Peter	Emsland
Surmann, Michael	Vechta
Tolkemit, Klaus	Hannover
Toma-Rohr, Babett	Sehnde
von Proeck, Harald	Hameln
Wilken, Jürgen	Emsland
Zachau, Uwe	Vechta

40 Jahre

Alex, Volkhard	Wolfenbüttel
Born, Christian	Uelzen
Brammer, Wilhelm	Celle
Drinkgiern, Paul	Uelzen
Fralopp, Jörg	Sehnde
Gohl, Bernhard	Hameln
Heitmann, Friedhelm	Hannover
Jarcho, Frank	Lüneburg
Jäschke, Bernhard	Wolfenbüttel
Kiepe, Arnold	Emsland
Kleemann, Gerhard	Emsland
Knaack, Karl-Dieter	Lüneburg
Köhler, Paul	Hameln
Kramer, Susanne	Vechta
Lilje, Wilfried	Uelzen
Meyer, Ingrid	Vechta
Meyer-Albers, Jürgen	Lüneburg
Neddermeier, Peter	Wolfenbüttel
Nieberding, Bernhard	Vechta
Roß, Manfred	Emsland

Schmidt, Gerhard	Vechta
Schott, Norbert	Uelzen
Schröder, Martina	Vechta
Seidlitz, Armin	Celle
Stiller, Manfred	Wolfenbüttel
Stüwe, Stefan	Uelzen
Symens, Volker	Emsland
Ueberschär, Martin	Vechta
Uelzen, Thomas	Vechta
Vormoor, Andrea	Vechta
Wissel, Holger	Wolfenbüttel

50 Jahre

Dust, Reinhard	Emsland
Ehlers, Klaus	Wolfenbüttel
Elfert, Kurt	Oldenburg
Gesper, Jürgen	Celle
Jäger, Horst	Hannover
Kenning, Heinrich	Emsland
Riediger, Rainer	Celle
Sontag, Karl	Vechta
Szigat, Hermann	Burgdorf

55 Jahre

Ellmann, Hedwig	Vechta
Fehren, Hermann	Emsland
Menzel, Jürgen	Göttingen

60 Jahre

Kallage, Hans-Jürgen	Vechta
Plog, Heinrich	Vechta

65 Jahre

Rohenkohl, Georg	Vechta
Warlich, Artur	Hannover

VERBAND NIEDERSÄCHSISCHER STRAFVOLLZUGSBEDIENSTETER
-FACHGEWERKSCHAFT IM NIEDERSÄCHSISCHEN JUSTIZVOLLZUG-



Ortverbände Ansprechpartner der Signal Iduna

Matthias Ahäuser
Agentur
Celler Str. 74
30161 Hannover
0511 54305920
0160 8509966
matthias.ahaeuser@signal-iduna.net

Benjamin Harms
Generalagentur
Kannengießerstr. 5B
29614 Soltau
05191 979710
0151 54685487
benjamin.harms@signal-iduna.net

Jan Bahlmann
Generalagentur
Bloherfelder Str. 185
26129 Oldenburg
0441 5948205
0160 97922126
jan.bahlmann@signal-iduna.net

Stefan Haubner
Bezirksdirektion
Marktstr. 24
31303 Burgdorf
05136 9709893
stefan.haubner@signal-iduna.net

Carsten Dehnbostel
Agentur
„Lerchenweg 22
21360 Vögelsen“
0151 50008078
carsten.dehnbostel@signal-iduna.net

Susanne Petersen
Hauptagentur
Zum See 11
29525 Uelzen
0581 9488698
0151 12408862
susanne.petersen@signal-iduna.net

Martina Gerdes
Hauptagentur
Kanalstr. II 73
26639 Wiesmoor
04944 9201656
0170 3318779
martina.gerdes@signal-iduna.net

Lars Wachsmann
Hauptagentur
Am Hackenberg 16a
31683 Obernkirchen
05724 3976248
0173 6739389
lars.wachsmann@signal-iduna.net

Dennis Gersch
Generalagentur
Berliner Str. 78
34346 Hann. Münden
05541 9572720
0157 78969436
dennis.gersch@signal-iduna.net

Tarifabschluss für Beschäftigte im öffentlichen Dienst der Länder erzielt



Einigung erzielt! Länder ziehen mit Bund und Kommunen gleich

Am Sonnabendnachmittag, den 9. Dezember 2023, war es endlich soweit: In der dritten Tarifrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder hatten die Tarifparteien in Potsdam ein Ergebnis erzielt. Dieses Tarifergebnis entspricht im Kern dem Abschluss mit Bund und Kommunen aus April 2023.

Durch den nun erzielten Tarifvertrag erhalten die Beschäftigten der Länder eine steuer- und abgabenfreie Inflationsausgleichszahlung i. H. v. 3.000,- €. Bereits für den Dezember wird ein Betrag von 1.800,- € (netto) gewährt. Von Jan. bis einschließlich Okt. 2024 gibt es monatliche Zahlungen i. H. v. je 120,- € (netto). Die Einkommen der Beschäftigten steigen ab dem 1. November 2024 tabellenwirksam um einen Sockelbetrag von 200,- €. Ab dem 1. Februar 2025 kommt darauf eine weitere Entgelterhöhung um 5,5 %. Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt 25 Monate bis zum 31. Oktober 2025. Durchschnittlich steigen die Gehälter der Beschäftigten der Länder während der Laufzeit um mehr als 11 %.

Bei den weiteren Regelungen konnte unter anderem die Ausweitung der bestehenden Pflegezulage auf den Justiz- und Maßregelvollzug erreicht werden.

Dual Studierende und Auszubildende erhalten nach dem Tarifabschluss im Dezember 2023 ein Inflationsausgleichsgeld von 1.000,- € sowie in der Zeit von Jan. bis zum Okt. 2024 monatlich jeweils 50,- € (netto). Die Ausbildungsentgelte

steigen ab dem 1. November 2024 um 100,- €, ab dem 1. Februar 2025 um weitere 50,- €. Außerdem konnte eine unbefristete Übernahme von Auszubildenden vereinbart werden, die eine Abschlussnote von 3 oder besser erzielt haben.

Die Vereinbarung sieht zudem vor, dass das Tarifergebnis zeit- und wirkungsgleich auf Beamtinnen und Beamte und Versorgungsempfänger übertragen wird.

Dank an alle VNSB-Mitglieder, die auf der Straße waren und mit Druck auf die Arbeitgeber gemacht haben. Dieser Druck und der, der Mitglieder unserer Dachverbände dbb / nbb war bei unseren Verhandlungsführern ein starkes Pfand und hat die Einigung erst möglich gemacht.

Für den VNSB-Landesvorstand
Ralf Schlütemann
-Landesschriftleitung-

TARIFERGEBNIS

Abschluss der Tarifverhandlungen

3.000€ Inflationsausgleichprämie

steuerfrei | 1.800€ sofort
120€ mntl. Januar bis Oktober 2024

+ 200€ Sockelbetrag

Erhöhung des Grundgehaltes
ab 01.11.2024

+ 5,5% mehr Gehalt

auf den neuen Grundbetrag ab
01.02.2025 (mind. 340€ zu heute)



25 Monate Laufzeit

für Azubis/Studenten

1.500€ Inflationsausgleichprämie

steuerfrei | 1.000€ sofort
50€ mntl. Januar bis Oktober 2024

+ 100€ Entgelterhöhung

ab 1. November 2024

+ 50€ weitere Entgelterhöhung

ab 1. Februar 2025

Vor 75 Jahren gab es die letzte Hinrichtung in Westdeutschland



Das Fallbeil fiel im Hof des Tübinger Gefängnisses um 6.00 Uhr morgens: Der 28 Jahre alte gelernte Mechaniker Richard Schuh hatte ein Jahr zuvor einen Lastwagenfahrer getötet, die Reifen von dessen Fahrzeug gestohlen - für den Raubmord sollte er nun mit dem Leben bezahlen. Am 18. Februar 1949, vor 75 Jahren also, wurde an ihm das letzte von einem westdeutschen Zivilgericht angeordnete Todesurteil vollstreckt – durch Enthaupten.

Zweifel an Täterschaft und Motiven kamen vor Gericht nicht auf. Das Schwurgericht Tübingen erklärte ihn des Mordes mit schwerem Raub für schuldig – „Todesstrafe“, verkündete die Justiz. Während die Todesstrafe in Westdeutschland nur 95 Tage nach Schuhs Tod am 23. Mai abgeschafft wurde, galt sie in der DDR bis 1987.

Während Schuh auf seinen Tod wartete, diskutierte die Politik in Bonn über die Abschaffung der Höchststrafe. Bei einer Sitzung des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rats forderte der Justizminister des Landes Württemberg-Hohenzollern, Carlo Schmid (SPD), dem Töten von Amts wegen ein Ende zu setzen. Schließlich mit Erfolg: Die Abschaffung der Todesstrafe wurde im Grundgesetz festgelegt.

Im damaligen Zwergstaat Württemberg-Hohenzollern hatten die Gerichte seit der Kapitulation am 8. Mai 1945 bis zur Abschaffung fünf Todes-

urteile gesprochen, von denen das gegen Schuh als einziges ausgeführt worden sei, erzählt Hans-Joachim Lang, Professor für Empirische Kulturwissenschaft in Tübingen. Der Leichnam von Schuh sei nach der Hinrichtungsprozedur in einen Sarg gelegt und den Mitarbeitern des Anatomischen Instituts übergeben worden, schreibt Lang in seiner Veröffentlichung „Die Hinrichtung des Raubmörders Richard Schuh am 18. Februar 1949 in Tübingen und die Verwendung seiner Leiche für zweifelhafte wissenschaftliche Zwecke: ein Wendepunkt in der westdeutschen Justizgeschichte“.

Dazu:
Drei ehemalige Bundesländer und die Justiz

Das Land **Baden**, bis zum 2. Dezember 1946 **Südbaden**, war ein Land der Bundesrepublik Deutschland mit der Hauptstadt Freiburg im Breisgau. Es umfasste die südlichen Landesteile der früheren Republik Baden. Das Parlament des Landtags nutzte das Historische Kaufhaus in Freiburg für seine Tagungen.



Bundesland Baden – Flagge

Das Land **Württemberg-Baden** wurde 1945 von der US-amerikanischen Militärregierung gegründet und war ab 1949 ein Land der Bundesrepublik Deutschland mit der Hauptstadt Stuttgart. Der erste Landtag hatte seinen Sitz im Festsaal des Furtbachhauses in Stuttgart. Seit Sommer 1947 hatte der Landtag seinen Sitz im Eduard-Pfeiffer-Haus des Allgemeinen Bildungsvereins in Stuttgart. Das Land umfasste den nördlichen Teil der ehemaligen Republik Baden und den nördlichen Teil des ehemaligen Volksstaates Württemberg.



Bundesland Württemberg-Baden – Flagge

Das Land **Württemberg-Hohenzollern** entstand nach dem Zweiten Weltkrieg in der französischen Besatzungszone und war eines der Gründungsländer



Bundesland Württemberg-Hohenzollern – Flagge

der Bundesrepublik Deutschland. Es umfasste den südlichen Teil des ehemaligen Volksstaates Württemberg sowie die bis dahin zu Preußen gehörenden Hohenzollernschen Lande. Auf einer Fläche von 10.406 km² lebten etwa eine Million Einwohner. Die Hauptstadt war Tübingen, der Sitz des Landtags das ehemalige Kloster Bebenhausen bei Tübingen.

Am 25. April 1952 gingen die Länder Württemberg-Hohenzollern, Baden und Württemberg-Baden im neu gegründeten Land Baden-Württemberg auf. Dies erfolgte nach einer Volksabstimmung aus dem Jahr 1951, bei der sich drei von vier Abstimmungsbezirken, zum Teil deutlich, für eine Vereinigung aussprachen.

Frankreich erhielt im Juli 1945 eine Besatzungszone, die im Wesentlichen die Gebiete des heutigen Rheinland-Pfalz, des Saarlandes und des heutigen Baden-Württembergs (mit den Ländern Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern) umfasste. Nach dem Stillstand der Rechtspflege mit dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches galt es, möglichst schnell eine funktionierende *Justiz* wieder aufzubauen. Dies oblag der Generaldirektion der „*Justice allemande*“ unter der zivilen französischen Militärregierung. Für die Etablierung und Beaufsichtigung der *Justiz* in den einzelnen Regionen waren die Regionaldirektionen für die *Justiz* unmittelbar verantwortlich. Eine belegte These ist, dass das Handeln der französischen Besatzungsmacht ohne richtungsweisenden Einfluss und nachhaltige Wirkung auf die aus heutiger Sicht erfolgreiche Entwicklung zu einer den Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaates verpflichtenden *Justiz* blieb. Sowohl die Schaffung der rechtlichen Strukturen als auch die deutsche *Justizpraxis* blieben in diesem Sinne unbeeinflusst. Anders als Großbritannien und die USA hatte Frankreich keine detaillier-



ten Pläne zur Reorganisation der deutschen *Justiz* entwickelt, so dass es zunächst auf die Gesetze und Verordnungen der Militärregierung Deutschland und des Alliierten Kontrollrats ankam. Die drei Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern erhielten eigene Oberlandesgerichte in Koblenz, Freiburg und Tübingen, die bereits 1946 ihre Arbeit wieder aufgenommen hatten. Am schnellsten vollzog sich die Reorganisation der *Justiz* in (Süd-)Baden, dann in Württemberg-Hohenzollern. Am schwierigsten gestaltete sich der Wiederaufbau der *Justiz* in Württemberg-Baden, das preußische und hessische Landesteile umfasste. Entgegen der französischen Praxis in der Verwaltung und Rechtssetzung ließ die zentralistisch organisierte französische *Justizverwaltung* eine länderübergreifende Zusammenarbeit zu.

Die „Säuberung des Rechts“ beruhte teils auf den Gesetzen des Alliierten Kontrollrats, teils auf den Instruktionen der französischen Militärregierung und den Rechts- und Landesverordnungen der Länder. Zur Bereinigung des materiellen und formellen Strafrechts gehörte, dass die Schwur- und Schöffengerichte 1947–1950 entsprechend dem Gerichtsverfassungsgesetz in der Fassung von 1924 wiederhergestellt wurden. Lediglich in Württemberg-Baden hatte eine Debatte über die Einführung von klassi-

schen Schwurgerichten stattgefunden. Die von der Militärregierung beabsichtigte Einführung des Instituts des Friedensrichters, der kein Volljurist sein sollte, scheiterte am Widerstand der deutschen Seite. Nur Württemberg-Baden ließ 1947 eine Friedensgerichtsbarkeit auf der Basis der 1919 geschaffenen (1934 beseitigten) Gemeindegerichte zu.

Zur „Entnazifizierung“ der *Justizbeamten*: In Baden und Württemberg-Hohenzollern entstanden eigenständige, mit führenden Persönlichkeiten der *Justiz* besetzte Säuberungskommissionen, die den jeweiligen Einzelfall detailliert würdigten. Das pauschale Urteil, „die *Justiz* in der französischen Zone sei zum Hort belasteter Juristen geworden, die in den übrigen Zonen abgelehnt worden seien“, lässt sich nach Untersuchungen nicht halten. Die strikte Einzelfallbeurteilung wurde Anfang 1947 durch das auf amerikanisches Drängen durch den Kontrollrat angeordnete Spruchkammerverfahren ersetzt, so dass auch in der französischen Zone die als zu nachsichtig gescholtenen sog. „Mitläuferfabriken“ entstanden. Insgesamt lag die *Justiz* zumindest bis Ende 1946 in der französischen Zone in den Händen von unbelasteten bzw. nur formal (mit der Parteimitgliedschaft) belasteten Juristen, wenn man einmal von den Fällen der unwahren Angaben in den Fragebogen absieht. In Baden hatte die Säuberungskommission (bis Ende 1946) für die hohen *Justizbeamten* Sanktionen in 51 % der Fälle ausgesprochen. In Württemberg-Hohenzollern waren 1949 31 % der höheren *Justizbeamten* nicht in der NSDAP gewesen. Die übrigen Richter und Staatsanwälte blieben zu 32 % ohne jegliche Sanktionen, 46 % erhielten nur geringe Sanktionen und nur 4 % mussten Gehaltskürzungen oder eine Versetzung in den Ruhestand hinnehmen. Die Wiedereinstellung auch belasteter *Justizbeamter* war hauptsächlich der Personalnot geschuldet.

Untersuchungen über die „Kontrolle der deutschen *Justiz*“ durch die französische Besatzungsmacht: Kontrollinstrumentarien waren nach dem Gesetz Nr. 2 der Militärregierung Deutschland das Recht, die Verwaltung der Gerichte zu beaufsichtigen, an sämtlichen Gerichtsverhandlungen teilzunehmen und alle

Akten einzusehen, Verfahren an sich zu ziehen (Evokation), Entscheidungen deutscher Gerichte aufzuheben (Reformation) sowie das Recht, Richter zu suspendieren oder zu entlassen. Die französische Generaldirektion der *Justiz* machte von den Kontrollmöglichkeiten nur einen sehr zurückhaltenden Gebrauch. Für die Reformation konnten nur fünf Fälle nachgewiesen werden; die Evokation kam ebenfalls nur in wenigen Prozessen zum Zuge (Verleumdungen, Wirtschaftsvergehen, Gefangenenentweichung). Anders als in der britischen und amerikanischen Zone entschied über die Reformation und die Evokation nicht Verwaltungsstellen, sondern (unabhängige) französische Gerichte, z. T. mit beratender deutscher Beteiligung.

Insgesamt ist der Wiederaufbau der *Justiz* durch die französische Besatzungsmacht sehr erfolgreich verlaufen. Für die Franzosen war insbesondere die personelle Zusammensetzung des *Justizapparates* der „entscheidende Faktor für das Gelingen des Wiederaufbaus eines demokratischen und rechtsstaatlichen *Justizwesens* in Deutschland“. Insoweit verfügte die *Justiz* für die Spitzenpositionen in allen drei Ländern über angesehene, unbelastete Persönlichkeiten. Hinzu kommt, dass die Franzosen, allerdings weitgehend in Übereinstimmung mit den beiden anderen westlichen Besatzungsmächten, so gut wie keine konzeptionellen Neuansätze entwickelten, so dass die Rechtseinheit unter der Bundesrepublik in den 50er Jahren unkompliziert wiederhergestellt werden konnte.

Die Wiedergabe beruht auf der Auswertung der Bestände des Centre des Archives de l'Occupation Française en Allemagne et en Autriche des Ministère des Affaires Étrangères in Colmar und der Bestände der Staats- bzw. Landesarchive Koblenz, Speyer, Freiburg, Sigmaringen und des *Justizministeriums* von Rheinland-Pfalz.

Eine wichtige Darstellung über die deutsche *Justiz* der unmittelbaren Nachkriegszeit und über die von gegenseitigem Vertrauen getragene kluge *Justizpolitik* der französischen Besatzungsmacht.

Joachim Groß

**VERBAND NIEDERSÄCHSISCHER STRAFVOLLZUGSBEDIENSTETER
-FACHGEWERKSCHAFT IM NIEDERSÄCHSISCHEN JUSTIZVOLLZUG-**

Vorteile für Mitglieder

Rechtsschutz

Rechtsschutz und Rechtsberatung in allen dienstlichen Angelegenheiten und Einzelvertretung in allen beamten- und tarifrechtlichen Fragen über das Dienstleistungszentrum des DBB gemäß der gültigen Rechtsschutzordnung des DBB

Informationen

Informationen aus 1. Hand durch unsere Zeitschriften und unsere Internetseite www.vnsb.de

Mitgliedsbeitrag

Günstige Beiträge für alle bei uns organisierten Mitglieder

Höchstleistungen für

Verlust von Schlüsseln: € 200.000.–
 Personenschäden: € 2.000.000.–
 Sachschäden: € 1.000.000.–
 Vermögensschäden: € 100.000.–

Unterstützung

Hinterbliebenenhilfe im Sterbefall: € 250.–
 Hinterbliebenenhilfe bei Unfalltod: € 500.–

Fortbildung unserer Personalratsmitglieder

Schulungs- und Bildungsveranstaltungen für unsere Personalratsmitglieder. Zuzüglich der

Fachzeitschrift für Personalvertretungen des DBB

Kostenlose Unfallversicherung für alle VNSB-Mitglieder, die Beamte auf Widerruf oder auf Probe sind.

Bei einer Invalidität ab 20% und einer Vollzugsunfähigkeit durch einen Unfall, dienstlich oder privat, beträgt die Versicherungssumme € 10.000.–

Kostenlose KFZ-Dienstwagenversicherung für alle VNSB-Mitglieder, die Dienstfahrzeuge fahren.

Diese Versicherung tritt ein, wenn nicht alle Kosten bei einem Unfall mit dem Dienstwagen durch den Arbeitgeber übernommen werden.





Vollzugsdienst-
unfähigkeits-
absicherung

Natürlich können Sie auch ohne Arbeit leben – vorausgesetzt, **es ist für alles gesorgt.**

Sie haben sich bestimmt auch an viele Dinge gewöhnt, die Ihr Leben schöner machen. Solange Sie über ein regelmäßiges Einkommen verfügen, können Sie Ihren Lebensstandard sicher auch weiterhin halten. Aber was wird aus Ihnen und Ihren Lieben, wenn Sie Ihre Arbeitskraft einmal verlieren sollten? Durch Krankheit oder Unfall – aus welchen Gründen auch immer. Lassen Sie uns darüber reden, damit für alles gesorgt ist.

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551
oed-service@signal-iduna.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen

60 Jahre VNSB

Am 14.11.2023 übergab der Ortsverbandsvorsitzende Frank Laufer eine ganz besondere Urkunde.

Volker Franzke wurde für seine 60-jährige Mitgliedschaft im **VNSB** geehrt. Bei guter Bewirtung wurde auf dieses außergewöhnliche Jubiläum angestoßen. Volker Franzke war bis zu seinem Ruhestand im Jahr 1998 Dienstleiter in der Abteilung Einbeck. Zu den Gratulanten hatte sich auch der ehemalige Geschäftsleiter Jürgen Menzel gesellt, der mit dem Jubilar viele Jahre die Geschicke der JVA gelenkt hatte.

Von hier auch nochmal einen herzlichen Glückwunsch für dieses außergewöhnliche Jubiläum.





**GIESCHEN'S
HOTEL *****

RESTAURANT *Wildnis* BAR

**Ab Ostern:
frischer Spargel aus der Region!**

Unser Restaurant hat von 12:00-14:30 Uhr und von 18:00-22:00 Uhr für Sie geöffnet. Sonntagsabends geschlossen, außer an Feiertagen

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Tel.: 04202-88480 mail: info@gieschens-hotel.de

Zahlreiche Ehrungen für langjährige Mitglieder – Mitgliederversammlung des VNSB OV Hameln



Geehrt für 25 Jahre. Rainer Schramm



Am 19.10.23 versammelten sich die Mitglieder des **VNSB** Ortsverbandes Hameln zu ihrer jährlichen Mitgliederversammlung, um wichtige Angelegenheiten zu besprechen und Mitglieder für ihre langjährige Treue zum Verein zu ehren.

Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft: Ein Höhepunkt der Versammlung waren die zahlreichen Ehrungen, bei denen langjährige Mitglieder für ihre langjährige Treue und Unterstützung des Vereins geehrt wurden. Die Anerkennung und Wertschätzung für ihre langjährige Mitgliedschaft standen im Mittelpunkt dieser emotionalen Momente.

Bericht vom Landesvorstand: Die Versammlung hatte außerdem das Vergnügen, Eveline Makrai, eine Delegierte des Landesvorstandes des **VNSB**, begrüßen zu dürfen. Sie informierte die Anwesenden über den diesjährigen Landesgewerkschaftstag in Hannover sowie die bevorstehenden Tarifverhandlungen. Dieser Bericht gewährte den Mitgliedern wertvolle Einblicke in die landesweite Gewerkschaftsarbeit und die Herausforderungen, vor denen die Gewerkschaft steht.

Bericht des 2. Vorsitzenden: Der bisherige 2. Vorsitzende, Thorsten Weidemann, führte die Versammlung souverän und gab einen umfassenden Bericht über die Arbeit des Ortsverbandes Hameln im vergangenen Jahr. Er ermutigte die Mitglieder, sich auch in Zukunft aktiv für ihre Interessen einzusetzen und an den verschiedenen bevorstehenden Veranstaltungen teilzunehmen.

Ehrungen und Spende: Neben den bereits im Vorfeld erfolgten Ehrungen, wie etwa beim diesjährigen Familiengrillen, wurden an diesem Abend zwei weitere verdiente Mitglieder ausgezeichnet. Eine erfreuliche Mitteilung war, dass die Teilnehmer des diesjährigen Familiengrillens 200€ gesammelt haben. Dieser Betrag wurde von Tobias Hebestreit, dem 2. Vorsitzenden, dem Hamelner Verein "Trittbrettfahrer e.V." über-

geben, um soziale Projekte in der Region zu unterstützen.

Neuwahlen für den Vorstand: Da der bisherige Vorsitzende, Martin Kalt, nicht mehr für das Amt des Vorsitzenden zur Verfügung stand, wurden Neuwahlen für den Vorstand durchgeführt. Thorsten Weidemann wurde als neuer Vorsitzender gewählt. Ebenfalls neu im Vorstand ist Alexander Plaul, der die Position des Pressesprechers für den Ortsverband übernimmt. Heiko Heinz bleibt im Vorstand und unterstützt den Pressesprecher bei seinen Aufgaben.

Der Vorstand bedankte sich in Abwesenheit herzlich bei dem scheidenden Vorsitzenden, Martin Kalt, für seine langjährige und hingebungsvolle Arbeit für den Verband. Die Anwesenden würdigten seine Führungsqualitäten, sein Engagement und seinen Einsatz für die Interessen der Mitglieder. Seine Leistungen haben maßgeblich zur Stärkung und Entwicklung des **VNSB** beigetragen. Die Versammlung drückte ihren aufrichtigen Dank aus und wünschte ihm alles Gute für seine zukünftigen Unternehmungen.

Abstimmung über die Personalratswahl: Die Versammlung stimmte über die vom Vorstand vorgelegte „Liste“ für die anstehende Personalratswahl in der Jugendanstalt Hameln ab. Dies ist von großer Bedeutung, da die Personalvertretung eine Schlüsselrolle in der Interessenvertretung der Mitglieder spielt.

Die Mitgliederversammlung des **VNSB** OV Hameln am 19. Oktober 2023 war ein wichtiger Schritt in der Vereinsarbeit. Die Ehrungen, Berichte und Wahlen zeugen von einem engagierten und aktiven Mitgliederkreis, der sich für die Interessen seiner Mitglieder und die Gemeinschaft einsetzt. Die Veranstaltung war geprägt von Solidarität, Engagement und dem Streben nach einer starken Gewerkschaftsarbeit vor Ort.

Alexander Plaul
für den Ortsverband Hameln



Geehrte für 25 Jahre Mitgliedschaft – von links: Michael Wehmann, Corinna Mente, Ralf Kinast, Dietmar Padberg



Geehrt für 25 Jahre: Ingo Corbach, Stephanie Büttner



Geehrt für 25 Jahre Mitgliedschaft: Detlev Könemann



Geehrt für 25 Jahre: Mark Küster

BBBank-Kreditkarten¹ zu Sonderkonditionen.



**Nur für
dbb-Mitglieder
und ihre
Angehörigen**

- ✓ 0,- Euro für Visa ClassicCard¹
- ✓ Schwarze Kreditkarte (Visa) zum Sonderpreis von 29,90 Euro p. a.



Jetzt informieren
www.bbbank.de/dbb

Antje Stets
Landesdirektorin - Gebiet Nord
E-Mail antje.stets@bbbank.de
Tel. 0162 273 09 42

Einfach hier bestellen:
www.bbbank.de/dbb



¹ Ausgabe ab 18 Jahren möglich, bonitätsabhängig. Voraussetzungen ab der Vollendung des 30. Lebensjahres: BBBank Girokonto, monatliches Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a. Voraussetzungen bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres: BBBank Junges Girokonto ohne monatliches Kontoführungsentgelt bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a. Ausgabe einer Kreditkarte

Folgen Sie uns



Hannover hatte zum Grünkohlessen 2023 im Restaurant Radieschen in der Steintormasch in Hannover geladen

Endlich ist wieder Grünkohlzeit und wir hatten einen perfekten Grund uns endlich mal wieder mit den „Alten, Jungen und Ehemaligen“ zu treffen. Doch bevor das Hauptgericht serviert wurde, war das Wichtigste an diesem Tag durchzuführen: Die Ehrungen für die langjährige Mitgliedschaft im Ortsverband Hannover!

Sandra Koryn und Dirk Naujokat wurden für 25jährige Mitgliedschaft im Ortsverband Hannover geehrt und erhielten vom Ortsverbandsvorsitzenden Rüdiger Giermann eine Urkunde sowie eine kleine Aufmerksamkeit für ihre langjährige Treue überreicht. Es ist in der heutigen Zeit keine Selbstverständlichkeit mehr, sich über solch einen langen Zeitraum gewerkschaftlich zu organisieren und seinem Verband dann auch die Treue zu halten! Dankeschön an euch.

Nachdem der offizielle Part abgehalten, alle zu Ehrenden ihre Urkunden, Präsente und Glückwünsche erhalten haben, ging es ans Buffet und das nicht nur einmal. Reichlich und lecker war der Tisch gedeckt und der Koch durfte sich auch in diesem Jahr ein großes Lob von den



Gemeinsames Buffet im Radieschen

Teilnehmern anhören. Was ihm sicher ist, wir kommen auch im nächsten Jahr wieder zu ihm, ins Restaurant Radieschen.

Rüdiger Giermann

Ortsverband Hannover ehrt für 25-jährige Mitgliedschaft

Der Ortsverband Hannover bedankt sich für die 25-jährige Mitgliedschaft und Treue zum **VNSB**.

Der Ortsverbandsvorsitzende Rüdiger Giermann durfte sich darüber freuen, die Jubilare Andreas Wipperrn, Michael Städler und Lutz Wittenberg für ihre 25-jährige Mitgliedschaft im OV Hannover ehren zu dürfen.

Alle haben dem Verband über Jahrzehnte die Treue gehalten – und dafür wurde jedem Jubilar mit einer Urkunde und einem kleinen Präsent gedankt.

Leider war es den Jubilaren nicht möglich, am Grünkohlessen 2023 teilzunehmen, und



Rüdiger Giermann und Andreas Wipperrn



Michael Städler und Rüdiger Giermann

so wurden die Ehrungen in unserer Behörde durchgeführt.

Jahreshauptversammlung 2023



freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit.

Zu Beginn der Veranstaltung wurde das Thema der bevorstehenden Personalratswahl und der Positionierung des **VNSB** im Oldenburger Personalrat besprochen.

Entsprechend einer Mitarbeiterumfrage wird gewünscht die Personalratswahl 2024 als Persönlichkeitswahl, statt wie bisher als Listenwahl durchzuführen. So soll eine gemeinsame Kandidatenliste mit den Kandidaten der bisher einzigen anderen Liste, der „Freie Liste“, erstellt werden, um so eine Persönlichkeitswahl zu erzwingen. Zu Bedenken ist jedoch die Möglichkeit, dass sich jemand mit einer komplett neuen Liste um den Personalrat bewerben könnte und sodann die Reihenfolge der Kandidaten in der eingereichten Liste plötzlich Relevanz bekäme.

Am 1.11.2023 fand die Jahreshauptversammlung 2023 des Ortsverbandes Oldenburg im Vereinsheim Stadtfeld statt.

Auf der Tagesordnung standen u.a. die Themen

- Personalratswahlen,
- Bericht des Kassenwartes,
- Aktuelle Tarifverhandlungen,
- Bericht vom Landesgewerkschaftstag,
- Vorstandswahlen.

Als Gast konnten wir dieses Mal den Bundesvorsitzenden des BSBD, Herrn Rene Müller begrüßen, der den anwesenden Kollegen in einer lockeren Gesprächsrunde zu sämtlichen derzeit aktuellen Themen Rede und Antwort gestanden hat.

Zur Neuwahl standen dieses Jahr das Amt des 1. Vorsitzenden, des Schriftführers, eines Beisitzers und eines Kassenprüfers. Der Kollege Thomas Gerdes erklärte sich auch in diesem Jahr wieder bereit als Wahlleiter zu fungieren, wofür wir ihm an dieser Stelle nochmals recht herzlich danken möchten.

Im Ergebnis wurden Rainer Schimmelpenning als 1. Vorsitzender und Ralf Kaltenhauser als Beisitzer einstimmig wiedergewählt. Neu in den Vorstand gewählt wurden Timo Moritz als Schriftführer und Thomas Gerdes als Kassenprüfer. Wir

Die Jahreshauptversammlung konnte sich darauf einigen, dass das Streben nach einer Persönlichkeitswahl weiterverfolgt wird. Bei der Aufstellung der Liste ist allerdings darauf zu achten, dass unsere Mitglieder in den oberen



Der aktuelle Vorstand, Oliver Weßling, Jens Eckmeyer, Rainer Schimmelpenning, Timo Moritz, Oliver Steindorf und Thomas Gerdes. Es fehlen Ralf Kaltenhauser und Uwe Meyer



Rängen ausreichend vertreten sind, um in jedem Fall im Personalrat auch in Zukunft gut vertreten zu sein. Für das leibliche Wohl haben die neuen Pächter des Vereinsheims uns dann mit einem Spießbratenbuffet verwöhnt.

Zum Abschluss waren dann noch 16 Jubilare für ihre langjährige Mitgliedschaft im Ortsverband Oldenburg zu ehren, der Kollege Günther Hayen sogar für eine Mitgliedschaft von 40 Jahren.

Am 3.11.2023 wurde unsere Kollegin Brunhilde Braun in den wohlverdienten Ruhestand versetzt. Der 2. Vorsitzende des **VNSB/** Ortsverband Oldenburg, Oliver Steindorff, gratulierte herzlichst und überreichte einen Blumenstrauß mit den besten Glückwünschen im Namen des Vorstandes und des gesamten Ortsverbandes.

Wir wünschen noch viele gesunde Jahre und freuen uns auf ein baldiges Wiedersehen.

Datum	Veranstaltung und Veranstaltungsort
5.6. – 6.6.2024	95. JuMiKo (Frühjahrskonferenz) – Hannover
4.9. – 5.9.2024	VNSB Hauptvorstandssitzung – Achim
27.10. – 30.10.2024	BSBD Ländertreffen – NRW
4.11. – 5.11.2024	nbb-Landesgewerkschaftstag – Hildesheim
28.11.2024	95. JuMiKo (Herbstkonferenz) – Berlin

Der VNSB ist Mitglied im



VNSB-Winterspaß – Henkerführung Lüneburg

„Immer schön den Hals waschen“ – Ortsverband Uelzen mit dem Lüneburger Henker unterwegs

Er hatte viele Namen: Vollstrecker, Scharfrichter, im Volksmund auch Meister Hans: der Henker. Im Mittelalter, als die Todesstrafe noch an der Tagesordnung war, ein wichtiger, wenn auch nicht gerade ehrbarer Mann. Auch Lüneburg, das durch seine Salzvorkommen im Mittelalter seine Blütezeit erlebte, hatte dieses Amt zu besetzen. Das Berufsbild des Henkers war vielfältig, folglich hat er einiges zu erzählen über das mittelalterliche Lüneburg. Da ist es doch naheliegend, dass der **VNSB**-Ortsverband Uelzen sein diesjähriges Wintervergnügen in die Nachbarstadt verlegt und sich die Stadt bei einer Führung mit dem Henker von Lüneburg näherbringen lässt?

Elf OV-Mitglieder treffen „ihren“ Henker am Lüneburger Rathaus. Leider ohne den eingeladenen **VNSB**-OV Lüneburg; die im Lande bekannte Personalmisere ließ keine Abkömmlichkeiten zu. Um Punkt 16 Uhr kommt er also über den Marktplatz geschritten: eine stattliche Figur in brauner Kutte, der Großteil des Gesichtes von einer schwarzen Kapuze bedeckt. Nach einer freundlichen Begrüßung jedes einzelnen per Handschlag geht es auch schon los mit einer geballten Ladung Informationen. Denn hier im Rathaus am Marktplatz tagte früher das Gericht. Eine Gerichtsverhandlung lief damals aber noch ganz anders ab als heute. Rechtsgrundlage war der Sachsenspiegel, ein mittelalterliches Rechtsbuch, das mit unseren heutigen Gesetzen nicht zu vergleichen ist. Es herrschte eine gewisse Willkür. „**Da durfte ich kreativ werden!**“, erzählt



VNSB OV Uelzen mit dem Henker

der Henker begeistert. Eine wichtige Rolle bei den Gerichtsverhandlungen spielten die Fürsprecher, die das Gericht überzeugen mussten. Auf das Urteil folgte die Vollstreckung. Schnell kommt Meister Hans ins Schwärmen, wenn er von den alten Zeiten plaudert: „**Leibeigenschaft, Sklaverei – eine tolle Sache!**“. Die Kollegen/innen hingegen kommen ins Schwärmen bzw. aus dem Lachen nicht mehr heraus, als ausgerechnet am Ortsverbandsvorsitzenden Ralf Schlütemann des Henkers Axt, liebevoll ‚Franziska‘ genannt, demonstriert wird. „Der ist doch schon so kurz...“ Ha, ha!

Auf dem Marktplatz zeigt er den **VNSB**lern einen Stein mit einem Kreuz darauf. Hier befand sich der sieben Meter hohe Pranger (oder Kaak), an dem die Verurteilten häufig tagelang unbedeckt standen, bis das Urteil vollstreckt wurde. Sie galten als vogelfrei, schlagen konnte sie, wer wollte; manchem wurde auch das Stadtwappen ins Gesicht gebrannt. „**Ist das nicht wundervoll? Ist das nicht zauberhaft?**“ Der Meister reibt sich die Hände. Ebenfalls am Marktplatz liegt das ehemalige Lüneburger Schloss, in dem seit 1925



Figuren am Haus in der Baumstraße 3



Der Henker

das Landgericht untergebracht ist. Weiter geht es mit einem fröhlichen „**Auf, auf und Rübe ab!**“. Gleich um die Ecke befindet sich die Abteilung der JVA Uelzen, das Untersuchungsgefängnis.

Erst wenige hundert Meter sind zurückgelegt, als die Stadtmauer erreicht wird. Gelernt haben wir vom Ortsverband aber schon eine Menge: so wurden Nasenspitzen von Angeprangerten ab- und Zungen eingeschnitten – die Scheußlichkeiten aus der Zeit des 13. bis 16. Jahrhunderts kommen dem Henker locker von den Lippen: „**So eine Maske macht frei**“. Nun erklären sich auch die Herkunft und Bedeutung zahlreicher Begriffe und Redensarten. Das Schlitzohr, die gespaltene Zunge, unter die Haube kommen und an den Pranger gestellt werden, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die Schilderungen der Praktiken im Mittelalter sind lebendig und detailliert und gewürzt mit einer gehörigen Portion Humor, mit der Meister Hans die düsteren Geschichten aus dem Mittelalter nahebringt. Freimütig plaudert er aus seinem Berufsleben. Denn mit der einen oder anderen Hinrichtung war er natürlich nicht ausgelastet. Hexenprüfungen und Folterungen standen ebenfalls auf dem Henkersplan; und wer musste wohl da-



Nord-Ost-Ecke Lüneburger Rathaus – hier befand sich früher das Niedergericht



Stein mit Kreuz – hier stand der Lüneburger Pranger

mal die Prostituierten im Rotlichtviertel bewachen? Auch das war Aufgabe des Scharfrichters – denn Männer, die ehrbare Berufe ausübten, wollten dort nicht gesehen werden. Auch einen schwunghaften Handel betrieb der Vollstrecker. Womit? Das erfährt der Uelzener **VNSB** vor der alten Rathaus-Apotheke und ist durchaus schockiert!

Wir vom **VNSB** erfahren auch, wo der Henker einst wohnte – genauer gesagt die Henkersdynastie, die mehr als 300 Jahre lang in Lüneburg dieses Amt ausübte. Denn der Sohn des Henkers hatte kaum eine andere Möglichkeit, als selbst Henker zu werden, und so vererbte sich der Beruf von einer Generation zur nächsten. Der Spruch „**Früher Streckbank, heute TARGO-Bank**“ ist Programm war nicht schlecht. Und welche gängige Foltermethode fällt uns wohl ein, wenn wir an das Lüneburger Salz denken? Falls ihr es nicht wisst – Meister Hans hat die Antwort.

Die Augen des Scharfrichters leuchten, als die Teilnehmer zur Alten Schmiede kommen. Denn hier wurde sein Arbeitsgerät quasi „geboren“: seine ‚Franziska‘, seine Axt! Vor allem der Spruch „**Immer schön den Hals waschen, der Henker kommt!**“ erheitert immer wieder die **VNSB**-Truppe.

Die Uelzener **VNSB**-Kollegen/innen bedanken sich abschließend beim Henker von Lüneburg und erbitten noch ein Abschlussfoto bevor es über den Weihnachtsmarkt ins Lüneburger Brauhaus Krone zum zünftigen Henkersmenü- nein, lieber Wintermenü geht, zu dem dann noch weitere Mitglieder dazustoßen. Ich kann allen Kollegen/innen nur viel Spaß und gute Unterhaltung wünschen, wenn auch ihr euch eines Tages mal mit dem Henker auf den Weg durch die Straßen und Gassen Lüneburgs begeben.

Für den Ortsverband Uelzen
Ralf Schlütemann
-Vorsitzender-

Generalversammlung OV Uelzen

Erstmalig gleich 5 Kollegen im OV Uelzen für 40-jährige Verbandsmitgliedschaft geehrt.

Der **VNSB**-Ortsverband Uelzen hatte am 9.2.2024 zu seiner Generalversammlung geladen und dreißig Mitglieder, Pensionäre, Gäste und Freunde des Verbandes waren der Einladung gefolgt. Eine recht erhebliche Anzahl für unseren (kleinen) Ortsverband, was der Vorsitzende Ralf Schlütemann den Gästen in seiner Begrüßungsrede gleich rückmelde- te. Um zu seinem traditionellen Februartermin zurückzukommen hatte der Ortsverband sei- ne Mitgliederversammlung 2023/24 vom C-19- bedingten Novemberzeitraum wieder an den Jahresanfang gelegt und dazu gleich in das neu gestaltete Clubhaus am Leuchtturm im Uelzener Yachthafen verlegt.

Ralf gab nun einen Rückblick auf die zu- rückliegende **VNSB**-Landesvorstands- und Ortsverbandsarbeit von gut einem Jahr. Dabei stachen die großen Erfolge des **VNSB** von der amtsangemessenen Alimention / Kind auch für A9-besoldete Kollegen/innen sowie die Erhöhung der Vollzugszulage auf 180,- € und damit im bundesweiten Ländervergleich die Spitze einnehmend, hervor. Weiter konnte be- richtet werden, dass durch alleinige Initiative des **VNSB** 70 Beförderungsstellen im Bereich A9/ A9z in den Haushalt eingebracht wurden. Die diesbezüglichen Stellenpläne stehen unmittelbar

vor Ausgabe an die Anstalten; in der JVA Uelzen wird dies in Form von drei Stellenhebungen nach A9 bemerkbar werden.

Weiter konnte Ralf vom Antrittsbesuch des Landesvorstandes bei Frau Justizministerin Dr. Wahlmann vom Anfang des Jahres 2023 berich- ten, bei dem eine durch LV wahrgenommene sehr interessierte Gesprächsatmosphäre vor- herrschte. Der Justizvollzug wird in der Politik (wieder) spürbar wahrgenommen. Auf dem 24. Landesgewerkschaftstag des **VNSB** vom 23.08.2023 zeigte sich schließlich, dass sich die Arbeit auszahlt; der **VNSB**-LV wurde einstimmig in seinen Ämtern bestätigt.

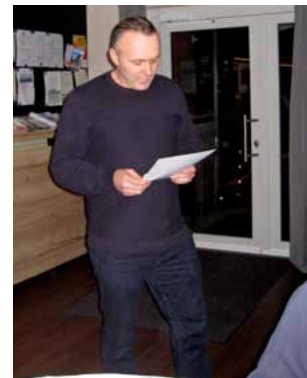
Als einer der Ortsverbandshöhepunkte war si- cher das zurückliegende Wintervergnügen in der Lüneburger Altstadt in Begleitung von Meister Hand, dem Scharfrichter von Lüneburg. Bei die- sem erfuhren die Uelzer Mitglieder in den ma- lerischen Winkeln der Hansestadt Interessantes und Kurioses über das Rechtssystem des Mittelalters (siehe Bericht in dieser Ausgabe). Nicht unerwähnt bleiben darf letztlich die vom Beamtenbund organisierte Demonstration am 23.11.2023 vor dem Finanzministerium, an der sich der OV Uelzen beteiligte und die mit dazu beigetragen hat, dass das Tarifergebnis 1 : 1 auf die Beamtenschaft und den Justizvollzug über- tragen wurde.



40 Jahre Mitglied im VNSB: Norbert Schott, Christian Born, Wilfried Lilje



Vorsitzender – energisch



Die Kasse stimmt

Die eingeladene stellvertretende Landesvorsitzende Eveline Rebekka Makrai ergänzte im Weiteren noch mit ihrer charmanten Art zur Landesvorstandsarbeit und war für die Uelzer Mitglieder über den Abend hinweg eine versierte Ansprechpartnerin. Sie schwor die Kollegen/innen auf die unmittelbar bevorstehende Personalratswahl ein und machte deutlich, warum es so wichtig ist, der Justizvollzugs-Fachgewerkschaft **VNSB** im Hauptpersonalrat die Stimme zu geben.



PR-Weggefährten

Unser Schatzmeister Alexander Müller gab nun seinen Kassenbericht ab. Was soll dazu gesagt werden: der OV Uelzen kommt vor Armut kaum in den Schlaf! Nachdem ebenfalls unsere Kassenprüfer über die ordnungsgemäße Buchführung berichten konnten wurde der Vorstand auf Antrag hin entlastet. Die Gelegenheit, um Susanne Petersen vom **VNSB**-Partnerunternehmen Signal-Iduna das Wort zu überlassen. So konnte die Signal-Iduna den anwesenden Mitgliedern aus erster Hand und vom Fach einen Ein- und Überblick über die neue Möglichkeit der „pauschalen Beihilfe“ geben. Diese Chance wurde rege genutzt und viele Fragen konnten durch Susanne beantwortet werden.



Three-Times-Winner of the Kniffelcup – Manfred Koslowski

In einer offenen Wahl wurde anschließend Ralf Schlütemann im Vorsitz des OV UE bestätigt. Auch Maria Graf als stellv. Vorsitzende wurde einstimmig wiedergewählt. Laura Husen schied turnusgemäß als Kassenprüferin aus ihrem Amt aus; zur Nachfolgerin wurde Julia Serwotki gewählt. Der Dank von Ralf geht an die Mitglieder vom Ortsverbandsvorstand, die ihre Zeit gerne für das Uelzer Kollegium aufbringen.



Präsentkörbe

Für den OV Uelzen war es jetzt an der Zeit, erstmalig seit seinem Bestehen, gleich 5 Kollegen für 40-jährige Mitgliedschaft zu ehren. Diese Ehre kam bisher in Uelzen nur Gabi Bröcher (2016) und Wilhelm Hartmann (2021) zu teil. So war es für den gerade wiedergewählten Vorsitzenden Ralf Schlütemann im Beisein der stellv. LV Eveline Makrai eine besondere Freude, unsere Mitglieder Christian Born, Wilfried Lilje und Norbert Schott persönlich mit einem Präsentkorb, Ehrennadel und kleiner



Ralf Schlütemann, Wilfried Lilje

Laudatio für 40-jährige Verbandstreue zu danken, was mit viel Applaus aus dem Plenum begleitet wurde. Leider konnten die Mitglieder Paul Drinkgiern und Stefan Stüwe aus gesundheitlichen Gründen nicht persönlich vor Ort sein; sie erhalten ihre Urkunden auf dem Postweg, die übermittelten Grüße wurden weitergeleitet.

Das beliebte Preiskniffeln mit den eigens angefertigten Würfelbechern mit **VNSB**-Logo und **VNSB**-grünen Würfeln entschied unser Pensionär Manfred Koslowski bereits zum dritten Mal (!) für sich und ist nun Hüter des begehrten **VNSB**-Pokals aus dem Ortsverband. Glückwunsch Manfred, nächstes Jahr geht die Jagd wieder los...

Nicht unerwähnt -1- bleiben soll, dass wir bei Jana Gerdt vom Clubhaus toll verköstigt worden sind und uns sehr wohl gefühlt haben und ebenfalls schon für 2025 gebucht haben. Vielen Dank dafür.

Nicht unerwähnt -2- bleiben soll, dass mir die Ehrung von Wilfried Lilje ein Stück nahe gegangen ist. Er gehört zu den Kollegen, die JVA Uelzens schwerste Stunde – das sich in die-



Signal-Iduna informiert über die pauschale Beihilfe

sem Jahr zum 25. Mal jährende Attentat vom 13.08.1999 – nicht nur erlebt-, sondern auch überlebt hat (**VNSB**-Info 02/2019). Vielen Dank für deine Einblicke und dass du da warst.

Für den Ortsverband Uelzen
Ralf Schlütemann
-1. Vorsitzender-

Unsere Fachgruppenvertreterinnen und Vertreter im VNSB

- Fachgruppenvertreter des Allgemeinen Justizvollzugsdienstes
Marco Kohrs
fgv-avd@vnsb.de
- Fachgruppenvertreter des Verwaltungsdienstes der Laufbahngruppe 1, Einstiegsamt 2
Alois Plagemann
fgv-verwaltungsdienst@vnsb.de
- Fachgruppenvertreter des Werkdienstes
Daniel Möller
fgv-werkdienst@vnsb.de
- Fachgruppenvertreterin der weibliche Bediensteten
Katharina Starke
fgv-weibl.bedienstete@vnsb.de
- Fachgruppenvertreter der Bediensteten mit Einschränkungen
Horst Peltzer
fgv-schwerbehinderte@vnsb.de
- Fachgruppenvertreter der Anwärtinnen und Anwärter
Markus Ewert
fgv-anwaerter@vnsb.de
- Fachgruppenvertreter der Ruhestandsbediensteten
Michael Haustein
fgv-pensionaere@vnsb.de
- Fachgruppenvertreter der Jugendarrestanstalten
Werner Lübbers
fgv.jugendarrest@vnsb.de
- Fachgruppenvertreter der Tarifbeschäftigten
Hartmut Kampel
fgv-tarifvertreter@vnsb.de
- Fachgruppenvertreter der Laufbahngruppe 2, Einstiegsamt 1 und 2 (ehem. geh. u. höh. Dienst) vakant

VERBAND NIEDERSÄCHSISCHER STRAFVOLLZUGSBEDIENSTETER

- Fachgewerkschaft im niedersächsischen Justizvollzug -

Beitrittserklärung

...unsere Sicherheit!

Bitte in Druckbuchstaben oder am PC ausfüllen

Ortsverband		JVA / JA	Amtsbez. / Besoldungs- o. Vergütungsgruppe
Name		Vorname	Geburtsdatum
Postleitzahl	Wohnort	Straße	
Telefon privat	Telefon mobil	eMail	

Hiermit erkläre ich unter Anerkennung der Satzung meinen Beitritt zum VNSB in der zutreffenden Klasse zum angegebenen Datum. Nach Abschluss meiner Ausbildungs- / Anwärterzeit werde ich automatisch der entsprechenden höheren Klasse zugeordnet (Bitte ab-Datum unten eintragen). Ich verpflichte mich, weitere Beförderungen oder Adressen- / Kontoänderungen formlos anzuzeigen.

Erklärung Kooperationspartner Signal-Iduna	
Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten an den Kooperationspartner des VNSB, die Signal-Iduna Gruppe, weitergegeben werden. Bei Anwärtern kann bei Ablehnung keine Dienstunfallversicherung übernommen werden.	JA

	Klasse	Bezeichnung	mtl. Beitrag	Datum ab
<input type="checkbox"/>	Ia	Hilfskasse Ehepartner (nur in Verb. mit Klassen II – V)	€ 0,59	
<input type="checkbox"/>	Ib	Witwe / Witwer	€ 1,76	
<input type="checkbox"/>	II	Beamte im Vorbereitungsdienst, Pensionäre, Mutterschutz und Erziehungsurlaub, Angestellte bis EG 5	€ 3,82	
<input type="checkbox"/>	III	Bedienstete in Teilzeit	€ 6,18	
<input type="checkbox"/>	IV	Beamte A7 bis A10, Angestellte EG-Gruppe 6 - 8	€ 8,52	
<input type="checkbox"/>	V	Beamte ab A11, Angestellte ab EG-Gruppe 9	€ 11,47	

Datenschutz / Datenverwendung / Persönlichkeitsrechte:

Der Verband erhebt, verarbeitet und nutzt personenbezogene Daten seiner Mitglieder ausschließlich zur Erfüllung der in der Satzung aufgeführten Zwecke und Aufgaben. Durch die Beitrittserklärung und die damit verbundene Anerkennung der Satzung stimmen die Mitglieder diesem zu. Jedes Mitglied kann jederzeit Einsicht in die gespeicherten Daten erhalten, eine Berichtigung vornehmen lassen oder die Löschung verlangen, sofern keine gesetzlichen Bestimmungen (Aufbewahrungsfristen) dem entgegenstehen. Eine anderweitige Datenverwendung (z.B. Datenverkauf an dritte) ist nicht statthaft. Durch die Mitgliedschaft und die damit verbundene Anerkennung der Satzung stimmen die Mitglieder der Veröffentlichung von Bildern und Namen in Print- und Telemedien, sowie elektronischen Medien zu, soweit dieses den satzungsgemäßen Aufgaben und Zwecken des Verbandes entspricht.

Im Übrigen verweisen wir auf die Datenschutzerklärung auf unserer Homepage www.vnsb.de/datenschutzbestimmung.

Einzugsermächtigung:

Ich ermächtige / Wir ermächtigen den VNSB widerruflich, die von mir / uns zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit durch Lastschrift von meinem / unserem Konto einzuziehen.

SEPA-Lastschriftmandat:

Ich ermächtige / Wir ermächtigen den VNSB Zahlungen von meinem / unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein / weisen wir unser Kreditinstitut an, die vom VNSB auf mein / unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis:

Ich kann / Wir können innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem / unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Zahlungsart:

Wiederkehrende Zahlung und einmalige Zahlung

Die Mitgliedsbeiträge werden regelmäßig eingezogen. Über den Turnus und die erstmalige Belastung werde ich unter Angabe von Gläubiger-ID und Mandatsnummer schriftlich informiert. Zu einmaligen Zahlungen kann es im Fall von Rücklastschriften und oder unterjährigem Eintritt / Austritt kommen. Hierüber wird gesondert informiert. Änderungen in den wiederkehrenden Zahlungen werden ggf. über eine Jahreshauptversammlung bekannt gegeben.

Zugehörigkeit zur Hilfskasse:

Alle Neumitglieder vor Vollendung des 40. Lebensjahres sind automatisch in der Hilfskasse. Ab dem vollendeten 40. Lebensjahr ist keine Aufnahme in die Hilfskasse möglich.

IBAN (max. 22 Stellen)	BIC (max. 11 Stellen)	Bank
Ort, Datum		Unterschrift

Bitte das Original an den VNSB Landesschatzmeister schicken und für den Ortsverband und das neue Mitglied kopieren!

Aufgenommen in die Mitgliederdatei Ortsverband	Aufgenommen in die Mitgliederdatei Landesverband
--	--

Änderung des Ortsverbandes – der Anschrift – der Amtsbezeichnung / Bes.-Grp.

Name	Vorname	Geburtsdatum
bisheriger / neuer OV	bisherige / neue JA/JVA	neue Amtsbez. / Bes.-Grp
Alte Anschrift / PLZ	Straße	Wohnort
Neue Anschrift / PLZ	Straße	Wohnort

Gültige Telefonnummer	Fax-Nummer	Handy-Nummer	E-Mail-Adresse

Änderung der Bankverbindung

IBAN	BIC (SWIFT-Code)
Kontoinhaber: Name, Vorname (falls abweichend vom Mitglied)	

Die voranstehenden Angaben sind gültig ab dem:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten an die Kooperationspartner des **VNSB** weitergegeben werden können. Bei Auszubildenden / Anwärtern ist wegen der zusätzlich kostenlos versicherten Risiken die Zustimmung Voraussetzung für eine Leistungsgewährung. ja nein

Ort, Datum	Unterschrift Mitglied	Unterschrift Kontoinhaber

Eingangsdatum – Namenszeichen – notiert OV	Eingangsdatum – notiert – Landesschatzmeister



Der VNSB-Landesvorstand wünscht allen ein sonniges Oster- und Pfingstfest!

**Vorsitzender:**

Oliver Mageney
Tel.: 04761-80880
Mobil: 0171-2420277
Oliver.Mageney@vnsb.de

**Stellvertretende
Vorsitzende:**

Eveline Rebekka Makrai
Tel.: 05138-500
Eveline-Rebekka.Makrai
@vnsb.de

**Landesschriftführer:**

Ralf Schlütemann
Tel.: 05821-9924918
Mobil: 0173-2146967
Ralf.Schluetemann@vnsb.de

**Stellvertret. Vorsitzender
mit geschäftsführenden
Aufgaben:**

Sascha Wand
Mobil: 0175-9714393
Sascha.Wand@vnsb.de

**Landesschatzmeister:**

Thomas Gersema
Tel.: 05931 – 29076
Mobil: 0176-11446667
Thomas.Gersema@vnsb.de

**Verband
Niedersächsischer
Strafvollzugs-
bediensteter (VNSB)**

Rechtschutzstelle@
vnsb.de

Redaktion@vnsb.de

Ortsverbandsvorsitzende

Burgdorf

Uwe Ufferfilge, Peiner Weg 33, 31303 Burgdorf

Bremervörde

Oliver Mageney, Am Steinberg 75,
27432 Bremervörde

Celle

Dorina Vassel, Trift 14, 29221 Celle

Emsland

Burkhard Roelfes, Grenzweg 39, 49811 Lingen

Göttingen

Frank Laufer, Am Großen Sieke 8, 37124 Rosdorf

Hameln

Thorsten Weidemann, Tündernsche Straße 50,
31789 Hameln

Hannover

Rüdiger Giermann,
Schulenburg Landstraße 145, 30165 Hannover

Lüneburg

Frank Jarcho, Am Markt 7 c, 21335 Lüneburg

Oldenburg

Rainer Schimmelpenning,
Cloppenburger Str. 400, 26133 Oldenburg

Ostfriesland

Michael Glinkowski, Riepster Weg 13,
26802 Moormerland

Sehnde

Dirk Hennies, Schnedebruch 8, 31319 Sehnde

Uelzen

Ralf Schlütemann, Breidenbeck 15, 29525 Uelzen

Vechta

Axel Elster, Zitadelle 17, 49377 Vechta

Wolfenbüttel

Dirk Schmidt-Salewski, Ziegenmarkt 10,
38300 Wolfenbüttel

BUCHTIPP

Groß, Joachim

Die deutsche Justiz unter französischer Besatzung 1945–1949

Der Einfluss der französischen Militärregierung auf die Wiedererrichtung der deutschen Justiz in der französischen Besatzungszone

Gebunden, Nomos (2007)



Die Abhandlung befasst sich mit dem Einfluss der französischen Besatzung auf den Wiederaufbau der deutschen Justiz und deren Rechtsordnung. Die französische Herrschaft im westlichen Deutschland gegen Ende des 18. Jahrhunderts sowie zu Beginn des 19. Jahrhunderts hat einen weit reichenden, bis heute andauernden Einfluss auf die deutsche Rechtsordnung.

Die Zeit der französischen Besatzung nach dem 2. Weltkrieg hingegen steht in Deutschland in einem schlechten Ruf. Der Autor beschäftigt sich mit dem Wiederaufbau des deutschen Gerichtswesens durch die Franzosen. Sein Werk basiert auf der Auswertung deutscher und französischer Quellen, die zumeist erstmalig vom

französischen Außenministerium zur Einsicht freigegeben wurden.

Erläutert wird die Auseinandersetzung mit französischen Reformvorhaben sowie die Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Franzosen bei der „Säuberung“ des deutschen Rechts. Thematisiert wird u.a. die Entnazifizierung der deutschen Richter und Justizangehörigen. Die Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse bei der Kontrolle der deutschen Justizpraxis durch die französischen Besatzungsjustizstellen bildet ebenfalls einen Schwerpunkt.